

Bürgerbeteiligung in Rostock

Das Rostocker Magazin „Stadtgespräche“ hatte im Frühjahr 2024 einen Infofilm erstellt und zusammen mit weiteren Informationen zum Thema „Bürgerbeteiligung“ unter www.stadtgespraeche.org/bb.php allen Parteien und Wählervereinigungen zugänglich gemacht, die im Juni zur Kommunalwahl antreten. Anschließend sind die Parteien zu ihren jeweils konkreten Vorstellungen dazu für Rostock gefragt worden. Hier finden Sie die Antworten.

1. Welche Aussage des von uns bereit gestellten Film ist aus Ihrer Sicht die wichtigste? Gibt es darin auch Aussagen, denen Sie in dieser Form nicht zustimmen würden – und wenn ja, warum nicht?

Eine frühzeitige Beteiligung in möglichst repräsentativer Form ist Voraussetzung für gelungene Beteiligung. Betroffene sollten nicht ausgeschlossen sein. Betroffenheit zeigt sich in unterschiedlichem Ausmaß, daher ist ein vollständiger Ausschluss kein vernünftiger Ansatz.

2. Wollen Sie in der kommenden Bürgerschaftslegislatur neue oder bestehende Formate der Bürger:innenbeteiligung nutzen, um die Akzeptanz von Entscheidungen zu erhöhen? Falls Ja: Welche Schritte planen Sie konkret – und inwiefern beinhaltet das auch eine Nutzung etablierter Beteiligungsformate?

Der beschlossene Leitfaden zur Beteiligung muss in der kommenden Wahlperiode evaluiert werden. Unabhängig davon sind die Einwohnerfragestunde in Ortsbeiräten und Bürgerschaft nicht zu ersetzende Beteiligungsformate. Wir wollen den bereits in dieser Wahlperiode beschlossenen Bürgerhaushalt endlich praktisch umsetzen. Denn wer über die Verwendung von Geld mitentscheidet, hat tatsächliche Mitsprache.

3. Wie kann sichergestellt werden, dass die Ergebnisse der Beteiligung auch wirklich genutzt werden?

Für uns sind für die tatsächliche Beteiligung zwei Dinge Voraussetzung: Eine in der Verwaltung und den politischen Gremien organisatorische verankerte Beteiligung. Beschlüsse sind erst dann verbindlich, wenn die vereinbarte Beteiligungsformate wirklich in die Entscheidungen eingeflossen sind. Daneben braucht es eine stärkere Einbeziehung verschiedener Formate der Informationsvermittlung über aktuelle Beteiligungsprozesse. Ob Soziale Medien, oder traditionelle Medien – eine E-Mail an verschiedene Verbände reicht jedenfalls nicht mehr aus.

4. Was braucht es noch, um mehr Bürger:innenbeteiligung für die politischen Entscheidungsprozesse der Stadt zu nutzen? Und was braucht es damit die gesetzlich festgeschriebene Kinder- und Jugendbeteiligung endlich auch in Rostock gelingt?

Rostock hat bereits stark engagierte Vereinigungen in der Kinder- und Jugendbeteiligung. Stadtschüler*innenrat oder Stadtjugendring und seine Mitglieder. Hier wird viel wertvolle Arbeit geleistet, die besser in die Entscheidungsprozesse einfließen muss. Daher braucht es zunächst keine neuen Gremien, sondern bessere Einbindung. Eine sinnvolle Ausnahme stellen die Kinder- und Jugendortsbeiräte dar. Insbesondere durch einen verbesserten Zugang zum Ortsbeiratsbudget kann hier vor Ortarbeit unterstützt und verbessert werden.